

## Es geht um die Macht

Grüner Spitzenbesuch in Wannweil, nur nicht Spitze besucht

**Chris Kühn, der Landesvorsitzende der Grünen und Thomas Poreski, der Landtagskandidat im Wahlkreis 60, stellten am Freitag in Wannweil ihre grünen Themen vor.**

Uschi Kurz

**Wannweil.** Noch scheint der Wahlkampf nicht entbrannt: Lediglich ein starkes Dutzend Besucher/innen war der Einladung der Alternativen Liste zum prominent besetzten Wahlkampfauftakt in die „Grünen-Hochburg“ Wannweil gefolgt.

Zu Kühn und Poreski, der mit seinem Zweitkandidaten Marc-Oliver Klett gekommen war, gesellte sich die Reutlinger Bundestagsabgeordnete der Grünen, Beate Müller-Gemmeke, die gerade die Hartz IV-Debatte in Berlin hinter sich hatte. Hausherrin Anette Rösch ließ es sich nicht nehmen, den grünen Spitzenbesuch im Wannweiler Rathaus zu begrüßen, schließlich, so die Bürgermeisterin, sei es enorm wichtig, „dass Kommunen und Parteien eng zusammenarbeiten“.

Poreski verwies auf die jüngsten Umfrageergebnisse nach denen die Grünen bei der Landtagswahl immer noch mit 25 Prozent rechnen können. Das sei doppelt so viel wie vor fünf Jahren: „Mit so einem starken Potenzial werden wir dieses Land verändern.“ Veränderungen versprach er beim Thema Ökologie: „Wir wollen die Wirtschaft begrünen“, dass das auch ökonomisch richtig sei, habe sich längst gezeigt.

Veränderungen beim Thema Bildung. Aber: Ein erfolgreiches Bildungskonzept müsse „von unten wachsen“, meinte Poreski mit Blick auf Hamburg, wo sich gezeigt habe, dass man auch mit einer genialen Konzeption scheitern könne. Wieso? „Weil die Leute sich bevormundet gefühlt haben.“

„Der Wechsel ist möglich“, ist auch Kühn überzeugt. Überzeugt ist er aber auch davon, dass der Wahlkampf hart wird: „Nach 57 Jahren CDU-Herrschaft geht es um die Macht.“ Der „platten Kampagne“ von Mappus die Grünen seien eine „Dagegenpartei“ setzte er eine „Wir gestalten mit“ entgegen. Die „Bastapolitik“ der Regierung zeige sich nun auch wieder bei Stuttgart 21. Trotz der Vorgaben der Schlichtung werde weitergebaut, aus reiner Machthaberei. Nach der Wahl, so Kühn, müsse es den Stresstest geben und einen Volksentscheid, dessen Ergebnis dann jeder akzeptieren müsse. Was Bürgerentscheide betreffe, kritisierte der grüne Landesvorsitzende aus Tübingen, sei Baden-Württemberg das restriktivste Bundesland, ebenso in der Windkraftnutzung, aber auch in der Bildung: „Da bewegt sich überhaupt nichts.“ Die anschließende Diskussion drehte sich neben der Bildungspolitik vor allem um Armut und Hartz IV. Beate Müller-Gemmeke berichtete über die gescheiterten Verhandlungen in Berlin. „Die werden sich bei den Regelsätzen nicht bewegen“. Hier müsse das Land seine „Brückenfunktion“ wahrnehmen, forderte Poreski. Momentan werde der Druck einfach nach unten weitergegeben. Viele Betroffene seien beispielsweise gar nicht in der Lage, zu dem Preis, den die Kosten für Unterkunft vorsehen eine Wohnung zu finden. Fazit: Der Wechsel ist nötig. „Wenn nicht jetzt, wann dann?“, so das Schlusswort von Kühn.